

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Telegraphische Adressen: Dönhofs 202-201
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 1/2 U.
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Telegraphische Adressen: Dönhofs 202-201

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Dem Gedächtnis Friedrich Eberts

Treue der Republik, dem Werke des Toten!

Vor zwei Jahren ist Friedrich Ebert von uns gegangen. Eine tödliche Krankheit, heldenhaft ertragen in den letzten Jahren schwersten Schaffens, warf ihn nieder. Am Morgen des 28. Februar 1925 riß ihn der Tod hinweg.

Der erste Präsident der deutschen Republik. Ein großer Deutscher.

Er ging, aber sein Werk blieb: die deutsche Republik, behauptet und befestigt in den schweren Jahren von 1919 bis 1925. Die deutsche Republik: sie stand unerschütterlich fest, als Friedrich Ebert abgerufen wurde.

Er lebt in der deutschen Geschichte als der Führer und Bewahrer des neuen Staates. Es war die Krönung seines Werkes, als er am Verfassungstag 1924 angesichts der großen republikanischen Kundgebung auf dem Gendarmenmarkt zu Berlin voll Sicherheit und Stolz ausrief:

„Die politische Einheit und die staatliche Organisation Deutschlands sind gewahrt, das Bewußtsein der Schicksalsgemeinschaft im deutschen Volke ist nicht mehr zu erschüttern!“

Dort stand er, der große Führer, im lodernen Schein der Fackeln, umbraut von stürmisch-begeistertem, vieltausendfachem Jubel, und was er sprach über den Sinn der großen Kundgebung des 11. August 1924, war Selbstbekenntnis:

„Ein Bekenntnis zum Staatsgedanken, zum demokratischen Volksstaat, zur deutschen Republik, zum deutschen Vaterlande, ein Bekenntnis zum entschlossenen und hinreißenden Mitarbeiten und zur Sicherstellung der Zukunft unseres Landes!“

Diese Worte, ein Bekenntnis des eigenen Willens und ein Ruf zur Nachfolge zugleich bezeichneten seinen Weg und das Werk seiner letzten großen Jahre.

Er war vorangegangen auf dem Weg zum Staate, ein Vorbild für uns alle — ein Führer seiner Partei auf dem Wege von den Anfängen bis zur Staatspartei in der demokratischen Republik. Er und wir — wir sagen es voll Stolz — wir haben diese Republik geschaffen, wir haben sie gesichert, bis sie fest und unerschütterlich da stand, die Staatsform des deutschen Volkes.

Fest und unerschütterlich! Wo sind sie, die heute noch glauben, daß sie zu stürzen sei? Die Gegner der Republik sind in den Bann der Republik geschlagen.

Die Republik steht fest! Es ist geschichtliche Wahrheit, was Friedrich Ebert am 11. August 1924 verkündete.

Am 28. Februar 1925 aber sanken die Fahnen auf halbemast. Trauer sank mit ihnen herab auf Deutschland. In gewaltiger, tieferstürzender Kundgebung gab das Volk der Republik dem Toten die letzte Ehrung.

Heute abend werden die Republikaner mit dem Reichsbanner abermals zum Gendarmenmarkt ziehen. Abermals wird lohender Fackelschein den Platz erfüllen und die schwarzrotgoldenen Fahnen werden über den Köpfen wehen. Dem Gedächtnis des großen Toten! Er wird im Geiste bei uns sein, wenn wir aufs neue den Schwur zur Republik bekräftigen, um ihn zu ehren.

Friedrich Ebert ist tot. In ferner Zukunft, wenn Persönliches längst verklungen sein wird, wird mit dem Werk noch sein Name leben, mit Ehrfurcht genannt von dem kommenden Geschlechte:

Friedrich Ebert — der erste Präsident der deutschen Republik.

Gedächtnisfeier des Reichsbanners.

Das Reichsbanner veranlaßt heute abend 8 Uhr zu Ehren Friedrich Eberts eine Gedächtnisfeier auf dem Gendarmenmarkt, bei der Genosse Wels die Gedenkrede halten wird.

Namens der Reichsregierung.

Im Auftrage des Reichskanzlers hat der Präsident des Landesfinanzamtes Karlsruhe, Stamer, am Grabe des Reichspräsidenten Ebert anlässlich der Wiederkehr seines Todestages namens der Reichsregierung einen Kranz mit schwarzrotgoldener Schleife niedergelegt.

Am Grabe Eberts.

Heidelberg, 28. Februar. (WZB.) Anlässlich der zweiten Wiederkehr des Todestages Friedrich Eberts ist das Grab des Reichspräsidenten auf dem Heidelberger Bergfriedhof mit Blumen und Kränzen geschmückt. Außer der Reichsregierung hatten die preussische Staatsregierung, das bayerische Staatsministerium, die Stadt Heidelberg, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und der Bund republikanischer Studenten Kränze niedergelegt.

Rußlands Antwort an England.

Zurückweisung der Vorwürfe und Friedensangebot.

Moskau, 28. Februar. (Tel.-Agentur der Sowjetunion.) Die von Litwinoff unterzeichnete Antwortnote, die gestern dem provisorischen britischen Geschäftsträger Peters überreicht worden ist, weist darauf hin, daß die britische Regierung drei Jahre lang, seit dem Tage der Unterzeichnung der englisch-sowjetrussischen Abmachung, sich wiederholt unmittelbar und in der Form öffentlicher Äußerungen an die Sowjetregierung mit Vorwürfen aus Anlaß angeblicher Verletzungen des genannten Vertrages gewandt hat. Bei Zurückweisung dieser Vorwürfe pflegte die Sowjetregierung stets deren Begründung nebst einem Hinweis auf etwaige konkrete Fälle zu verlangen. Dieser Forderung der Sowjetregierung ist die britische Regierung jedoch nicht nachgekommen, was eine Verletzung der 1923 eingegangenen Verpflichtung Lord Curzons ist, die Sowjetregierung von etwaigen Fällen der Übertretung der Verpflichtungen in Kenntnis zu setzen. Nur ein einziges Mal, im Jahre 1924, hat die britische Regierung den mihlungenen Versuch gemacht, eine Beschuldigung durch Berufung auf ein angebliches Schreiben Litwinoffs zu bekräftigen. Die damals durch die britische Regierung erfolgte Ablehnung des Antrags der Sowjetregierung, die Echtheit des Schreibens zu prüfen, konnte nur als Zurücknahme der auf Grund dieses gefälschten Dokumentis erhobenen Beschuldigung aufgefaßt werden. Die jüngste britische Note führt keinen einzigen Fall einer Verletzung der Abmachung von 1923 durch die Sowjetregierung an, sondern zählt lediglich eine Reihe politischer Äußerungen sowjetrussischer Staatsmänner innerhalb der Sowjetunion und in Zeitungsartikeln der Sowjetpresse auf.

Es bestehen zwischen der Sowjetunion und Großbritannien keinerlei Vereinbarungen, die die Rede- oder Pressefreiheit innerhalb beider Länder einschränken. Den Geltungsbereich der Abmachung von 1923 oder des Vertrages von 1921 auf mündliche oder in der Presse veröffentlichte Äußerungen innerhalb der Sowjetunion auszuweiten zu wollen, wäre eine willkürliche Erweiterung der Grenzen dieser Vereinbarungen.

Ferner führt die Note eine Reihe Beispiele sowjetfeindlichen Vorgehens von Mitgliedern der englischen Regierung wie Birkenhead, Churchill, Amery, Hoare, Coans an.

Als antibritische Sowjetpropaganda könnten nicht aufgefaßt werden die Annäherung und Einbürgerung der Außenpolitik der britischen Regierung und ihrer Beziehungen zur Sowjetunion, prinzipielle Ausführungen von Parteiführern über die Unabwendbarkeit der Weltrevolution und über die Bedeutung der nationalrevolutionären Bewegung im Osten, Ausführungen des Volksamtmanns für das Gesundheitswesen über die Bedeutung der Körperkultur vom Gesichtspunkte der Arbeiterbewegung und dergleichen mehr.

Was den besonderen Unwillen der britischen Regierung anläßlich der Äußerungen von Sowjetstaatsmännern über die sowjetfeindliche Einstellung der britischen Politik gegenüber dritten Staaten

anlangt, so könnten die ständigen Hinweise von Politikern und Mitgliedern der britischen Regierung auf die angebliche Allgegenwart und Allmacht der sogenannten Sowjetagenten, die als Urheber sämtlicher und jeglicher Schwierigkeiten des britischen Reiches beinahe in allen Winkeln der Erde hingestellt werden, mit dem gleichen Recht und Anlaß als fixe Idee gekennzeichnet werden. Die Sowjetregierung bedauert überaus den in der britischen Note festgestellten unbefriedigenden Stand der englisch-sowjetrussischen Beziehungen, glaubt jedoch, daß, wenn man diese traurige Erscheinung auf die gegenseitigen Beschuldigungen und den feindseligen Ton der Presse beider Länder zurückführt, dies der Grund für die Folge und umgekehrt ausgeben ließe. Die Sowjetregierung würde es auch für inkorrekt und unwürdig halten, die Erklärung dieser Erscheinung in physiologischen oder psychologischen Besonderheiten dieser oder jener britischen Staatsmänner zu suchen.

Die Anormalität der englisch-sowjetrussischen Beziehungen ist auch die Folge davon, daß die britische Regierung in ihrer Erklärung an die Sowjetregierung bewußt von den allgemein üblichen internationalen Normen und Gepflogenheiten und selbst elementaren Anstandsregeln abweicht und von Zeit zu Zeit an die Sowjetregierung allgemein gehaltene und begründete Anschuldigungen richtet, es dabei sogar ablehnt, sie zu besprechen, die Regelung der gegenseitigen Präventionen und Beschwerden sowohl auf diplomatischem Wege wie mittels besonderer Konferenzen, Missionen und Delegationen zurückweist.

sich dabei erlaubt, mit der Sowjetregierung im Ton einer Drohung mit einem Ultimatum zu reden.

Die Verfassung der Sowjetunion ignoriert, und in ihren Rollen hartnäckige Versuche macht, Parteigänger oder selbst internationale Institutionen an die Stelle der Sowjetregierung zu setzen. Die gleiche Anormalität der Beziehungen ist darin zum Ausdruck gekommen, daß die britische Regierung sich in der Note einen unerhörten und präzedenzlosen Ton gegenüber Litwinoff erlaubt. Die beständigen Versuche der britischen Regierung, die Bedeutung der Tatsache der Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen zu schmälern oder gar zunichte zu machen, wie auch die neuen Enthüllungen über

Versuche einer Verständigung zwischen einzelnen Mitgliedern der englischen Regierung und ehemaligen zaristischen Diplomaten

und Vertretern der Gegenrevolution, die auf eine neue Intervention hinarbeiten, gestatten der öffentlichen Meinung der Sowjetunion nicht, jene Rolle zu vergessen, die Großbritannien bei der ersten Intervention gespielt hat.

Hinsichtlich der Drohung mit einem völligen Abbruch der Handels- und diplomatischen Beziehungen weist die Sowjetnote darauf hin, daß Drohungen niemand in der Sowjetunion einschüchtern können und führt fort: Der englisch-sowjetrussische Handelsvertrag wie auch die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen entsprechen den Interessen beider Länder. Wenn die derzeitige britische Regierung glaubt, daß der Abbruch der englisch-sowjetrussischen Handels- und aller sonstigen Beziehungen durch die

Bedürfnisse des englischen Volkes bedingt wird und dem britischen Reich und der Sache des allgemeinen Friedens zum Vorteil gereicht, so wird sie naturgemäß dementsprechend handeln und die volle Verantwortung für die dadurch ausgelassenen Wirkungen übernehmen.

Die Sowjetregierung bekräftigt zum Schluß die Erklärung Krassin über die Erwünschtheit der Behebung sämtlicher Differenzen zwischen beiden Ländern und der Herstellung vollkommen normaler Beziehungen zwischen ihnen, spricht ihren ständigen und aufrichtigen Wunsch aus, auch weiterhin ihre friedliebende Politik zu verfolgen, und erklärt, sie werde ein Entgegenkommen der britischen Regierung auf dem Wege zum Frieden aufrichtig begrüßen.

Londoner Pressebetragtungen.

London, 28. Februar. (Ill.) Nur ein Teil der Londoner Morgenblätter nimmt heute zu der sowjetrussischen Antwortnote kritische Stellung. Offenbar zieht man vor, zunächst einmal die amtliche Auffassung abzuwarten. „Daily Mail“ beschränkt sich darauf, die Behauptung zurückzuweisen, daß es sich bei dem sogenannten Sinowjew-Brief um ein gefälschtes Dokument handelte. „Morningpost“ glaubt in der russischen Antwort einen weiteren Beweis für die Fruchtlosigkeit der Roten-Übermittlung an Rußland zu sehen. Litwinoff, der die Antwort entworfen habe und der als ein äußerst geschickter Wortklaubler bekannt sei, habe die Gelegenheit benutzt, zwei Flicken mit einem Schlag zu treffen, indem er nämlich ein diplomatisches Dokument mit politischer Propaganda geladen habe. „Daily Chronicle“ sagt, daß die russische Antwort um den Kern der Frage herumgegangen sei. Moskau verteidigt die Reden und Artikel, über die in der britischen Note Klage geführt worden war mit der Begründung, daß sie nichtamtliche Äußerungen von Russen in Rußland seien und daß sich Moskau London gegenüber niemals verpflichtet habe, die Freiheit der Rede innerhalb der russischen Grenzen zu beschränken. „Times“ schreibt: Die Regierung wird gut tun, der Sowjetantwort keine Beachtung zu schenken. Sie enthält nicht mehr, als die Mischung von falschen Darstellungen, falschen Anschuldigungen und unbedingte Befundung friedlicher Absichten, die vor einer Woche in jeder Einzelheit vorhergesagt werden konnte. Die Antwort auf all dieses ist aber bereits in Chamberlains Note erteilt worden, der nichts weiter getan hat, als gewisse bekannte und unbestrittene Tatsachen dokumentarisch festzustellen. Wir wollen im Augenblick die Sache ruhen lassen.

Ründigung des Handelsabkommens.

Ein Kommentar der offiziellen Reuter-Agentur zu der russischen Antwortnote deutet an, daß die britische Regierung zwar der Forderung der extremkonserватiven Presse, die diplomatischen Beziehungen mit Rußland abzukommen, nicht entspreche, jedoch das bestehende Handelsabkommen mit Sowjetrußland annullieren werde.

Im „Daily Telegraph“ werden die deutschen Besorgnisse hinsichtlich der weiteren Entwicklung des englisch-russischen Konflikts, die auch von Stresemann geteilt würden, besprochen. Das Blatt nimmt an, daß Lord d'Aberno die Gelegenheit seines Zusammenstehens mit Stresemann in Nizza benutzt habe, um etwaige Mißverständnisse zu beseitigen. Schließlich verichert das Blatt, daß die insbesondere in der deutschen Presse verbreiteten Nachrichten über eine 10-Millionen-Pfund-Anleihe, die Großbritannien Polen gewährt habe, um es als Sturmblock gegen Sowjetrußland zu verwenden, falsch seien.

Die Arbeiterbewegung in Italien.

Beschluß der gemeinsamen Sitzung des IOW und der ZAF.

Die in Amsterdam am 26. Februar versammelten Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Sozialistischen Arbeiterinternationalen haben nach Entgegennahme der Darlegungen der Vertreter der Sozialistischen Partei der italienischen Arbeiter und der italienischen Gewerkschaften in einer eingehenden Diskussion die Lage der Arbeiterbewegung in Italien erörtert. Indem die beiden Internationalen an ihre früheren mannschaftlichen Kundgebungen für den energischen und unablässigen Abwehrkampf gegen den Faschismus in allen seinen Erscheinungsformen erinnern, stellen sie fest, daß die Lage in Italien durch die Ausführungsverordnungen des Gesetzes über die faschistischen Gewerkschaften noch bedeutend verschlimmert worden ist, und die faschistische Praxis erst recht jede Möglichkeit gewerkschaftlicher Organisation und gewerkschaftlichen Kampfes in den Formen, die in allen zivilisierten Ländern möglich sind, ausschließt.

Die Vertreter der beiden Internationalen halten jeden Versuch des Kompromisses mit der faschistischen Willkürherrschaft in Italien nicht nur für aussichtslos, sondern auch für verwerflich. Sie verurteilen daher auf das schärfste das von einigen früheren Gewerkschaftsführern unterzeichnete Dokument, das in absolutem Gegensatz steht zu den Grundsätzen der internationalen Gewerkschaftsbewegung, wie sie von den beiden Internationalen stets vertreten wurden.

Die Sozialistische Partei der italienischen Arbeiter und ebenso die Leitung der italienischen Gewerkschaftsbewegung waren nach der Verschlechterung der Lage in Italien gezwungen, ihren Sitz nach dem Auslande zu verlegen, um die Richtlinien des Kampfes gegen den Faschismus in Italien in Offenheit und Klarheit immer wieder zum Ausdruck bringen zu können. Die Vertreter der beiden Internationalen sehen daher in der im Auslande befindlichen Sozialistischen Partei der italienischen Arbeiter und in dem im Ausland befindlichen italienischen Gewerkschaftsbund die berufenen Vertreter

der italienischen Arbeiterklasse, mit denen sie verhandeln und die sie nach Kräften unterstützen werden.

Die Vertreter der beiden Internationalen hoffen, daß es dem italienischen Proletariat gelingen werde, die Grundlagen legaler und freier Organisationen in Italien zu erkämpfen und damit die Rückverlegung der Zentralbehörden der Arbeiterbewegung zu ermöglichen.

Die Krankheit des Reichstagspräsidenten.

Die Besserung hält an.

Die Besserung im Befinden des Reichstagspräsidenten läßt sich als Fortschritt. Nach gut verbrachter Nacht war die Temperatur am Sonntag vormittag fast normal, auch der Herzschlag war zufriedenstellend, das Allgemeinbefinden ebenfalls recht gut.

Heute früh war das Befinden des Patienten ausgezeichnet. Das Fieber ist vollständig verschwunden, die Temperatur vollkommen normal; auch die Herzstätigkeit ist nicht gestört. Der Patient befindet sich in guter Stimmung. Die Heilung der Operationswunden nimmt einen durchaus befriedigenden Verlauf.

Die heutige Mittags-Untersuchung ergab das gleiche günstige Resultat: Das Befinden des Patienten ist sehr zufriedenstellend. Die Herzstätigkeit ist normal, der Puls ebenfalls. Der Darm beginnt bereits zu funktionieren. Die Stimmung des Kranken ist sehr gut.

Die Konterrevolutionäre KPD.

Die Sowjetgranaten — ein Selbstmord kommunistischer Politik.

Die Kommunisten versuchen in ihrer verlogenen Abwehr der sozialdemokratischen Enthüllungen über die Sowjetgranatenlieferungen die ganze Sache so darzustellen, als ob nur die Sozialdemokratie ein Interesse an der Klärstellung dieser unglaublichen Vorgänge hätte. „Wir sind auch noch da!“ schreibt dazu die „Kommunistische Arbeiter-Zeitung“, und kennzeichnet die Ablenkungsversuche der KPD, es handele sich um eine neue Kriegsbegehung in Russland, folgendermaßen:

Russland ist bedroht? Der „Arbeiterstaat“ soll verteidigt werden? Ist denn diese Schurkerei der fortlaufenden Bewaffnung der Konterrevolution gegen das Proletariat noch nicht Beweis genug, daß diese Phrase vom „Arbeiterstaat“ eine elende, dumme, freche Verhöhnung des Proletariats ist? Diesen „Arbeiterstaat“ verteidigen heißt die Konterrevolution verteidigen! Diesen „Arbeiterstaat“ verteidigen heißt die Bewaffnung der Konterrevolution, die massenweise Hinmordung des deutschen revolutionären Proletariats gut heißen. Diesen „Arbeiterstaat“ verteidigen heißt eine Politik verteidigen, die auf der einen Seite das Proletariat zum bewaffneten Aufstand auffordert und auf der anderen die Munitionszufuhr für die weiße Armee organisiert, und dann die zusammengeschossenen und in die Zuchthäuser geworbenen Proleten noch als Beweise für die Richtigkeit dieser Politik ins Feld zu führen sucht. Die erst zum Aufstand auffordert, sich zu gleicher Zeit mit der Konterrevolution verbündet und die zum Sieg verhilft, und zuletzt als Hyäne des Schlachtfeldes „Rote Hilfe“ organisiert, die die verratenen Proleten noch zu bezahlen haben, damit Geld in die Kasse kommt für den immer mehr anschwellenden Beamtenklingel. Einen solchen „Arbeiterstaat“ zu verteidigen, das heißt Selbstmord begehen, das heißt die Opfer der Revolution schänden, das heißt die kommunistische, die revolutionäre Bewegung zu einer Idiotie herabzumwürdigen, das heißt den Helfern der Revolution die blutbesteckten Hände zu lüpfen!

In der Tat: als Arbeiterpartei begeht die KPD. Selbstmord, indem sie die imperialistischen Methoden ihrer Moskauer Auftraggeber und die Zusammen-

arbeit der Bolschewiki mit der deutschen Reaktion verteidigt. Es ist gut, daß ihr das auch von anderer Seite gesagt wird.

Chinas Vertretung in London.

Pekingischer Schattenbotschaft. — Kantons Vertreter ein Igl. britischer Diplomat a. D.

Seit dem Frühjahr 1923 ist in London kein Botschafter Chinas mehr. In den wenigen Räumen der Botschaft, die noch bewohnt sind, logieren einige Mitglieder des einstigen Botschaftsstabes mit einer kleinen Anzahl Bediensteten. Geschäftsträger ist dem Namen nach ein Dr. Wei Tscheng-Tschen. Er sagte jüngst einem Zeitungsreporter: „Ich bin ein Optimist. Solange beide Parteien zu Verhandlungen geneigt sind, werden die Sachen keine schlimme Wendung nehmen. Ich bin nicht der Ansicht, daß die Lage in China so gefährlich ist, wie es hierzulande manche Leute glauben machen wollen. Man erinnere sich, daß Dr. Sun Yat-Sen, der 1925 gestorbene erste Präsident der südjapanischen Republik, auf Befehl der damaligen kaiserlichen Regierung in Peking wegen seiner revolutionären Gesinnung längere Zeit gefangen gehalten und erst auf Intervention der Londoner Regierung, der er in einer Kohlenliste von seinem Zwangsaufenthalt Mitteilung geben konnte, wieder freigelassen worden war.“ Dr. Tschen scheint in irgendeinem Verwandtschaftsverhältnis zum heutigen Kantoner Außenminister Ju Tschen (britisch Eugen Tschen) zu stehen. Seit fünf Jahren sei er nunmehr Geschäftsträger der Pekingischer Schattenregierung. Vor Monaten wurde zwar ein Botschafter in der Person des Dr. W. Yen nach London ernannt, doch ist er niemals dort eingetroffen. In der Diplomatie wird der gegenwärtige Bevollmächtigte geringschätzig im Hinblick auf die Machtlosigkeit seiner Regierung nicht als Botschafter angesehen. Seine Lage wird dadurch kläglich, daß Kanton in London, wie den englischen Behörden bekannt ist, heimlich einen diplomatischen Agenten unterhält. Es besteht außerdem in London ein „Chinesisches Informationsbureau“, jedoch ohne amtliche Beziehungen zur Regierung oder zur chinesischen Botschaft. Leiter dieses Bureau ist der Engländer Reginald Francis Orlando Bridgeman, der vor dreieinhalb Jahren in englischen diplomatischen Diensten stand. Auf die Frage eines Reporters an diesen Herrn, ob er mit Kanton in Verbindung stehe, antwortete er nur: „Das könnte ich nicht sagen. Sie rufen an mich eine sehr weitläufige Frage!“ Dann erklärte Bridgeman, daß das Bureau jedenfalls auch mit Kanton einen Informationsverkehr unterhalte, jedoch lediglich Informationszwecken für die breite Öffentlichkeit diene. Als der Reporter noch weitere indiskrete Fragen an ihn richtete, fuhr Bridgeman plötzlich auf, wies ihm die Tür und sagte: „Ich habe hier viel zu tun. Wenn Sie noch etwas wissen wollen, fragen Sie mich das brieflich!“ Als der Reporter dies nicht sofort verstehen wollte, öffnete Bridgeman eigenhändig die Tür und expedierte den Fragesteller hinaus. Wie man aus dem diplomatischen Jahrbuch erfahren kann, war Bridgeman den britischen Botschaften in Madrid und Paris zugeordnet, bei der Krönung König Georgs V. 1910 fungierte er im Ehrenamt als „Gold Staff Officer“, etwas ähnliches, wie im kaiserlichen Deutschland die Ritter vom Schwarzen Adler. 1912 bis 1919 war Bridgeman bei den britischen Botschaften Lord Bertie und Lord Derby in Paris Privatsekretär. Dann fungierte er bis 1921 als britischer Geschäftsträger in Wien und Teheran. In der Dienstliste des Außenamts steht er seit 1. Juli 1923 als pensioniert. 1914 und 1917 erhielt er vom König hohe Auszeichnungen. Dies hinderte ihn jedenfalls nicht, sich gegenwärtig mit den „Noten von Kanton“ gut zu vertragen.

Das französische Wahlsystem.

Reaktionssieg trotz Ueberlegenheit ihrer freilich zersplitterten Gegner.

Paris, 28. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Im Departement Sarthe waren zwei sozialistische und ein radikaler Abgeordneter, von denen die beiden ersten verstorben und der dritte in den Senat gewählt worden waren, zu erfagen. Wie vorausgesehen war, hat die

Zersplitterung der Linksparteien den reaktionären Parteien zum Sieg verholfen. Die reaktionäre Liste ist mit absoluter Mehrheit von 90 000 Stimmen bei 100 000 abgegebenen Stimmen gewählt worden! Dabei blieben die Listen der Radikalen, der Sozialisten, der Unabhängigen und der Kommunisten in der Minderheit, trotzdem sie zusammen bedeutend mehr Stimmen auf sich vereinigten als die reaktionäre Liste.

Sozialistenbeschluss zur Wahlrechtsfrage.

Paris, 28. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Nationalrat der Sozialistischen Partei beschloß am Sonntag, die Abgeordneten der bisherigen Verpflichtung, für das reine Verhältniswahlrecht einzutreten, zu entheben, weil eine Aussicht, es durchzuführen, nicht besteht, und verpflichtet sie, bei der Abstimmung in der Kammer für die sofortige Rückkehr zur Kreiswahl, also für den Regierungsentwurf, zu stimmen, der wenigstens eine teilweise Verbesserung bedeutet.

Wahlreform in Polen.

Verhandlung der Minderheitsvölker?

Die Mandatsdauer des jetzigen polnischen Parlaments nähert sich ihrem Ende. Regierung und Rechte fühlen das starke Bedürfnis nach einer Wahlreform. Was die Regierung dabei beabsichtigt, ist noch nicht klar; dagegen haben die Reaktionen und Nationalisten ihre Pläne bereits enthüllt. Der Nationaldemokrat Dr. Glowinski, schon im österreichischen Parlament ein Erzkonservativist und deshalb von unserem Genossen Dąbski, dem heutigen Vizepräsidenten des Sejm, rednerisch öfter gegolgt, fordert Verringerung der Abgeordnetenzahl für die Grenzgebiete, in denen die Minderheitsvölker vorzugsweise wohnen, und Bevorzugung der rein polnischen Gegenden.

Man wird sich in Polen hoffentlich nicht verhehlen, daß eine Wahlrechtsverschlechterung gegen die Deutschen die Arbeit all der Reichsbürgern, die für Versöhnung mit Polen eintreten, maßlos erschweren würde. Ebenso müßte man in Warschau begreifen, daß ein Wahlrechtsraub an den Weißrussen und Ukrainern diesen Völkern erst recht die Sehnsucht einprägen würde, von feindlicher Fremdherrschaft los- und zu ihren angrenzenden Nationalstaaten zu kommen; zwar stehen die Republiken Weißrussland und Ukraine unter Rostow Regime — aber für die Bauernbevölkerung hat diese Aussicht nichts Abschreckendes, haben doch die Bauern im Sowjetstaat Land und Recht.

In dem betreffenden Ausschuss hat Genosse Czajinski (poln. Soz.) Uebergang zur Tagesordnung über den Antrag Glowinski beantragt; das wurde jedoch abgelehnt. Die Ukrainer Sozialisten waren den vorigen Sejmwahlen ferngeblieben; diesmal werden sie wählen. Das ist ein Hauptgrund für den Plan der Wahlrechtsverschlechterung.

Klassenwahlrecht in Ostgalizien.

Während Deutschland und die Tschechoslowakei, wir hoffen auch Südbanien, sofort das altösterreichische Wahlkörpersystem auch für die Gemeindegemeinden durch das gleiche Wahlrecht ersetzt haben, sollen nächstens in westlichen (nicht ganz überwiegen ukrainischen) Teil der Wojewodschaft Lemberg Gemeindegemeinden so erfolgen, daß zu den weiterbestehenden drei Zensuswahlkörpern ein vierter für die bisher Nichtwahlberechtigten und das Frauenstimmrecht hinzugefügt werden. In Ostgalizien hält also die demokratische Republik Polen die alte reaktionäre Erbschaft Österreichs fest!

Noch immer zu viel „Wahlrecht“.

Die Gegner des Faschismus sollen es verlieren.

Rom, 28. Februar. (W.B.) Ein Abgeordneter brachte in der Kammer den Antrag ein, nach dem alle zu Gefängnisstrafen oder zu politischer Verbannung von bestimmter Dauer Verurteilten das aktive und passive Wahlrecht wenigstens für eine gewisse Zeit verlieren sollen.

O, Anastasia!

Von Hans Bauer.

Die Nachtblätter aller deutschen Gauen, gleichviel, ob sie nun, wie das Hugenbergische Sensationsorgan für angewandten Schmutz und Schund, sich „Nachttausgabe“ nennen, oder bloß weiche sind, haben einer verkehrten Reaktionär- und Völkerehrenden eine neue Sache zur gefälligen Kenntnisnahme vorzulegen — ganz was Neues diesmal, ganz was Tolles!

Die Geschichte fängt schon so recht knallig mit nichts Geringerem als einem Selbstmordverfuch an, den ein junges Mädchen vor Jahr und Tag im Berliner Landwehrkanal unternommen hat. Wie bitte, das wäre schon mal dagewesen, das wäre doch nichts Neues? Urteilen Sie nicht vorschnell! Das ist ja nur die Einleitung. Es kommt noch viel mehr. Das Mädchen wird gerettet. Es wird ins Krankenhaus gebracht. Dort macht es wirre Angaben, währenddessen seine scheuen, traurigen Augen unaußhörlich damit beschäftigt sind, in Furcht vor der Wiederkehr einer grauenhaften Vergangenheit zu erzittern. Auch noch nichts? Geduld, Geduld! Nun wird sie ins Irrenhaus, nach Dalldorf übergeführt und dort ist eine Frau zur Hand, die der Unbekannten, nach tagelangem, verkommenem Anstieren, das sich geradezu tinoreis ausgenommen haben dürfte, nicht länger vornehmlich, wer sie, die Unbekannte, eigentlich sei: Des ermordeten russischen jüngste Tochter Anastasia. Dies vernommen, erschrickt die Kranke zunächst einmal zu Tode. Die Sache spricht sich nun herum. Russische Persönlichkeiten bemühen sich nach Dalldorf hinaus, und es wird der Reihe nach festgestellt, daß das geheimnisvolle Mädchen ist: tatsächlich die jüngste Zarentochter Anastasia; nicht diese, sondern deren ältere Schwester Tatjana; die Frau eines fettsüchtigen Schwerverbrechens; eine ehemalige Hofdame der Zarin; irgendein unbekanntes, unglückliches Menschenkind mit verwirrten Sinnen; eine rumänische Hochstaplerin. Russisch spricht die mysteriöse übrigens kein Wort. Daraus wäre nicht viel zu entnehmen, denn, bitte, der russische Hof hat sich schon gehütet, die plebejische Sprache seiner Landesleute zu sprechen. Vielmehr ist Englisch die Umgangssprache der kaiserlichen Familie gewesen. Englisch spricht sie nun zwar auch nicht. Wenn schon: Ihr Deutsch hat jedenfalls einen slavischen Akzent. All dies ist Grund genug, wie man leicht einseht, hier nicht länger zu schweigen, Grund genug, die Verlesergewissen sich regen zu lassen, sich der Pflichten bewußt zu werden, die man gegen sein Publikum hat!

Sei, was trieben sie durch die Spalten, die „Dokumente um Anastasia“. Was immer das Herz in angeregten Nachstunden begehrt, ist in ihnen vereinigt: jauchendes Hoheitsgefühl, gefällige, gepaukte wird breitgewalzt. Die prädelnsten Gruslichkeiten türmen sich. Ein rechter Spieler mag zwar keine Lebensvernichtung gekönter Häupter leiden, die Beschreibung davon schmatzt er aber

gar zu gern in seinen Schlund hinunter. Man hört, wie ihm schmeckt. Natürlich fehlt auch die Fünfgroschenromantik nicht. Ganz nach Kaspargemanier entdeckt einer der Wörder der Zarenfamilie nach der Mordzene noch Leben in Anastasias Körper. Er, nicht schw, wickelt die Unglückliche in eine Decke, flieht mit ihr und schwängert sie später. Damit das Mittel die Leser ja recht mollig ergreife, ist das Ganze für alle Fälle in einem Deutsch geschrieben, das über die Höhen erbarmungswürdig ist.

Tja: Fürstentums Ros... Der Schreckenstag in der Kerkerzelle... Thronessglanz und Blutgericht, so heißen solcherlei Sachen in unseren Jugendtagen. Man soll da sagen, daß es nicht bergauf ging mit uns! Was damals nur in buntdruckten Räuber-geschichten Untertunft fand, das ist jetzt zeitungsfähig geworden. Ein müßter Sensationskitz, dem die Erfundenheit aus jeder Zeile schaut, bittet nicht recht bescheiden, so nebenher auch mit geduldet zu werden, sondern bläst sich in zirkusmäßigen Anpreisungen zum „Rästel ganz Europas“ auf. Hugenbergkultur das! Kultur der Schmutz- und Schundblätter! Die Mörder wenden uns ihre Rehrseite zu, und wir können bei dieser Gelegenheit feststellen, daß diese denn doch substanzhaltiger als ihre Stirn ist.

O Anastasia, du armes Töchterchen des bleichen Verbrechens von Jarlosje Selo, weich ein unglückliches Menschenkind bist du doch gewesen! Nicht genug damit, daß die Bolschewisten dir das Leben raubten, gleich als ob du eine politische Person gewesen wärest, jetzt empfängst du es gar von der deutschen Abdeckerpresse in Fortsetzungen zurück.

Politik und Theater.

Zu den Bab-Vorträgen für die Volksbühne wird uns geschrieben:

Der Versuch, die gegenseitigen Beziehungen zwischen Politik und Theater in all ihren Phasen entwicklungsgeschichtlich aufzudecken, war dankbar, aber unfruchtbar, weil es an der Konsequenz fehlte, die Dinge in die Zukunft zu denken, und die Geschichte aus dem Fluß, aus dem Auf und Ab, aus dem lebendigen in einen sterilen Zustand gezwängt wurde.

Politik und Theater sind zwei Faktoren, die aus dem gleichen Gefühl geboren werden und dem gleichen Ziel dienen. Ihr Parallelismus vom Urprung zum Ziel ist zu Zeiten der Expositionen oft unterbrochen, indem Politik und Theater an eine isolierte Erfüllung ihres Daseins glauben, den Kontakt mit den Gesamterscheinungen des Lebens verlieren und so dem Ziel, das Chaos zu ordnen, aus dem Wege gehen, ja, das Chaos in einen bedenklichen Grad chaotischer Steigerung versetzen. Diese Erscheinungen sind als Reaktionen auf ausgeglichene, harmonische, alle Lebenserscheinungen unter einem Aspekt betrachtende Epochen ganz natürlich, Erfüllung aber sind sie nicht. Erfüllung sind vielmehr jene Epochen, in denen Politik wohl stark und schwach, Kunst schön und häßlich, Philosophie gut und böse ordnen, aber alles von einer Metaphysik fundiert wird und sich so alle Lebenserscheinungen zu einem sinnvollen, kosmischen Weltbild zusammenfügen.

Diese Einheit wurde, wie auch von Bab richtig erkannt, in der europäischen Kultur zweimal erreicht, in der Antike, im christlichen Mittelalter; aber Bab erkennt nicht, daß alle Anzeichen dafür vorhanden sind, daß wir uns in einer Phase der Entwicklung zur dritten Einheit befinden.

Nachdem sich die tragischen Repräsentanten des Nihilismus an ihrer Ungläubigkeit, an der Sinnlosigkeit des Daseins wahnsinnig gemartert hatten, erfinden allenthalben Menschen, die in ihren Herzen den Willen zur Brüderlichkeit, zu einer neuen Sinnhaftigkeit, zu einem neuen Glauben trugen und diesen Willen mit künstlerischer Kraft in die Herzen aller Menschen hämmern wollten. Nachdem die Eier des sinnlosen Errens im wahnsinnigen Konkurrenzkampf um die Macht gewissenlos Millionen Menschen geopfert hatte, wuchs mit elementarer Gewalt der Wille zur Brüderlichkeit. Der Kapitalismus, der parallel läuft mit der Beziehungslosigkeit der trostigen Seele zur Welt, wird wie diese an sich zugrunde gehen, und der Sozialismus wird sich zur Realisierung der neuen Gläubigkeit weiten und alle Erscheinungen des Lebens in diese Gläubigkeit einbeziehen.

Woll man wahre geistige und politische Erkenntnis nur diesem einen Ziel dienen kann und somit letzte Erfüllung ist, erscheint es unsinnig, Theater und Politik oder überhaupt Kunst und Politik zu trennen.

Musikwoche und Tagung der Deutschen Musikstudierenden. Derts beginnt die von der Kassl. akad. Hochschule für Musik, Berlin, unter Mitwirkung der Hochschulen Köln und München veranstaltete erste Musikwoche der Deutschen Musikstudierenden. Sie wird eröffnet durch ein Konzert des Kassl. Musikorchesters in der Hofkapelle. Am 1. März findet ein Konzert des Kassl. Musikorchesters im Konzerthaus der Hochschule, am 2. März im Theaterhaus der Hochschule ein Kammermusikabend statt. Die Opernsaison beginnt am 4. März „Söldner“ aus „Der Hölle“ bildet ein Konzert des Staats- und Domchors im Konzerthaus der Hochschule am 5. März, abends 7½ Uhr. (Uraufführung der Markuspassion von Kurt Thomae.)

Ein „Pierrot und Pierrette“-Kollisionsfall. Die Bühnengenossen (S. 4) veranstalteten am Sonntag im „Joo“ ein Kollisionsfall, benannt „Pierrot und Pierrette“. Abchied vom Karneval. Bei dem Fest wurden die prominentesten Sängerinnen und Sänger Berlins mit Karten im Collibureau Joo, B. Dandapeller Str. 9, Adlerportal, bei Vertheim und im Fremdenverkehrs-Bureau.

Die diesjährigen Bayreuther Festspiele. Siegfried Wagner teilte den Münchener Neuesten Nachrichten auf Anfrage mit, daß bei den Bayreuther Festspielen neben dem Ring und Parsifal noch 21-jähriger Parsifal auch Teilan in neuer Anfertigung zur Aufführung kommen wird. In diesem Jahre werden auch zum ersten Male seit langer Zeit wieder Münchener Künstler mitwirken.

Eine Pestalozzi-Wohnhausanlage und ein Pestalozzi-Denkmal in Wien. In Wien wurde Sonntag die jährliche Festfeier einer nach Pestalozzi benannten großen südlichen Wohnhausanlage im 19. Bezirk vorgenommen. Anwesend dieser Anlage erhebt sich ein Denkmal Pestalozzis. Der Präsident des Wiener Stadtschulrats, Adg. Gabel, würdigte in einer Rede die Bedeutung des Pädagogen und sagte, die ganze Kulturwelt und vor allem das deutsche Volk verdankt in diesen Tagen, einem schlichten Schweizer Schulmann und einem großen deutschen Geist zu danken.

Drahtlos-Deutsches England-Verstehen. Ähnlich wie aus Bel-surne mitgeteilt, daß Mittwöch zum erstenmal zwischen Kullhalten und England ein ununterbrochener ständiger drahtloser Verkehr durch ausschließlich auf Australien gerichtete Wellen aufrecht erhalten werden konnte.

Die Rache des Verschmähten.

Mordversuch und Selbstmord in der Grolmannstraße.

Einen blutigen Abschluß fand am Sonntag früh im Hause Grolmannstraße 20 ein Liebesverhältnis. Hier wohnt im dritten Stock eine 40 Jahre alte aus Meissen gebürtige Schneiderin Berta Dücking, die sich vor etwa einem Jahre mit dem 34jährigen Feinmechaniker Johann Schaub, der aus Erlangen stammt und in der Wilmsdorfer Straße 66 wohnt, angefreundet hatte. Schaub glaubte, daß es zur Heirat kommen würde. In dieser Hoffnung wurde er aber enttäuscht. Vor ungefähr vier Wochen knüpfte die Dücking eine neue Beziehung an und sagte sich von dem Mechaniker los. Seine Versuche, die Freundin umzustimmen, blieben erfolglos. Sie lehnte auch sein Angebot, am Sonntagabend mit ihm zusammen einen Ball zu besuchen, ab und ging mit einem anderen hin. Der Abgewiesene schlich sich am Sonntag in früher Morgenstunde in das Haus Grolmannstraße 20 und wartete die Heimkehr der Schneiderin ab. Als sie gegen 7 Uhr morgens vom Ball zurückkehrte und den Treppenaufgang zum dritten Stock erreicht hatte, sprang er aus seinem Versteck hervor und gab aus einer Pistole vier Schüsse auf sie ab, so daß sie an der Brust, an der Schulter und am Hals schwer verletzt wurde. Als er sie zusammenschleichen wollte, richtete er die Waffe gegen sich selbst und tötete sich durch einen Kopfschuß. Auf den Lärm eilten Hausbewohner herbei, die die Polizei alarmierten. Die Beamten brachten das Mädchen nach dem Krankenhause Westend. Die Ärzte hoffen, sie am Leben erhalten zu können. Die Leiche Schaub wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht.

Generalversammlung der Berliner SAJ.

Zurückweisung kommunistischer Forderungen.

In der gestern im Kölnischen Gymnasium abgehaltenen Generalversammlung der Arbeiterjugend Groß-Berlins kam es zu einer reinen Scheidung zwischen der übergroßen Mehrheit der Delegierten und einigen Genossen, die versucht hatten, kommunistische Forderungen zu betreiben. Schon zu Beginn der Versammlung kam es zu erregten Diskussionen. Der Bezirksvorstand hatte der Versammlung vorgeschlagen, zwei Abteilungen die Mandate abzugeben. Beide Abteilungen hatten sich dem kommunistischen „Reichsausschuss der arbeitenden Jugend“ angeschlossen. Der Bezirksvorstand hatte die Zurückziehung der Delegierten zu diesem Ausschuss verlangt, bis die Generalversammlung verbindende Beschlüsse über den „Reichsausschuss der arbeitenden Jugend“ gefasst hat. Die beiden Abteilungen nahmen jedoch in ihren Versammlungen Anträge an, die zum Ausdruck brachten, daß die Abteilungen sich auch einem Beschluß der Generalversammlung nicht fügen würden. Nach Bekanntgabe dieser Teilhaben beschloß die Generalversammlung, die Mandate nicht anzuerkennen.

Nach dieser stürmischen Einleitung konnte Genosse Diederich sein Referat „Die arbeitende Jugend und der Verband der sozialistischen Arbeiterjugend“ halten und Genosse Bönte den Geschäftsbericht geben. An die beiden Referate schloß sich eine Diskussion an, in der die Opposition eine Reihe Redner vorschickte, die für die Beschickung der Reichsdelegation und den Anschluß an den „Reichsausschuss der arbeitenden Jugend“ waren. Die Genossen Künster und Feschbach zeigten in ihren Ausführungen, daß die Kommunisten in der Jugend das verstanden, was ihnen bei der erwachsenen Arbeiterschaft nicht gelungen war, die Zerlegung unserer Organisationen. Als erster Antrag wurde ein Beschluß des Bezirksvorstandes und des Bezirkes Ostern angenommen, nach der die Mitarbeiter am „Rundbrief“ aus der Organisation ausgeschlossen werden sollen. Der „Rundbrief“ wurde von der Opposition herausgegeben und war vollständig kommunistisch aufgemacht und sicher auch von den Kommunisten bezahlt. Es besteht bei der kommunistischen Partei ein Ausschuss, der die Durchführung der Arbeiterjugend mit Kommunisten betreibt und zu dem die Opposition in enger Verbindung stand. Mit übergroßer Mehrheit wurden auf Grund des angenommenen Antrages die Genossen Künster, Gottlieb, Hahn, Cohn und Korbell ausgeschlossen. Die ausgeschlossenen vierundzwanzig Delegierten verließen nach diesem Beschluß den Saal. Unter den vierundzwanzig Delegierten befanden sich viele, die mit der Opposition nicht sympathisierten, die aber dagegen protestierten wollten, daß auf der Generalversammlung die Ausschlußanträge angenommen worden sind.

Die Generalversammlung nahm mit übergroßer Mehrheit einen Beschluß an, dem „Reichsausschuss der arbeitenden Jugend“ nicht beizutreten. In einem weiteren Antrage wurde gegen den Stahlhelmumsturz, der zu Pfingsten abgehalten werden soll, protestiert. Eine ganze Anzahl Anträge mußten aus Zeitmangel zurückgestellt werden.

Die Wahlen zum Bezirksvorstand ergaben: 1. Vorsitzender Ludwig Diederich (einstimmig gewählt). Als Jugendvertreter wurden gewählt Maria Junker (mit 85 von 94), Willi Krefmann (84), Hilde Steffens (65), Walter Herrmann (69), Gerhard Klose (58), Otto Jahnke (53). Als Parteivertreter wurden gewählt Georg Albrecht (76), Kurt Arnold (68), Willi Beyersdorf (72), Georg Eitelberg (52), Willi Schwarz (65).

Der Mord an dem Potsdamer Kassenboten.

Die Potsdamer Kriminalpolizei hat mit ihrem ganzen Apparat unter Leitung des Kriminalrates v. Bodungen am gestrigen Sonntag nachgeforscht, um weitere Spuren zu finden, die es ermöglichen, die Täter festzustellen. Man rechnet jetzt damit, daß der ermordete Kassenbote Bernhard Hammermeister von zwei Männern umgebracht worden ist, da sich inzwischen ein wichtiger Zeuge gemeldet hat, der bekundet, daß er um 11 Uhr den Boten in Begleitung von zwei jungen Männern getroffen habe. Die Potsdamer Polizei hat bereits eine Beschreibung der beiden Burden gegeben, die man schon näher kennt, doch haben sich beide auffallenderweise nicht bei der Polizei gemeldet, um etwa den Rachweis zu führen, daß sie als Täter nicht in Frage kommen. Am gestrigen Sonntag haben Kriminalbeamte im Verein mit dem Reichswasserschutz den Bornstedter Teich abgeflutet, da man der Annahme zuneigte, daß der Mörder das Werkzeug, mit dem Hammermeister erschlagen worden ist, in den kleinen See geworfen habe. Inzwischen sind mehrere Personen vernommen worden, von denen man weiß, daß sie näheren Umgang mit Hammermeister gehabt haben, um festzustellen, was zu dem engeren Freundeskreis des Toten gehört hat. Die Polizei verfolgte hier bereits mehrere Spuren.

Berliner Lehrerverein gegen SPD?

Am 7. März hat die Lehrerschaft Mit-Berlins 7 Vertreter für die Bezirksschuldeputationen 1 bis 6 zu wählen. In Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Partei sind die sozialdemokratischen Lehrer und Lehrerinnen zum überwiegenden Teil im Berliner Lehrerverein, dem Zweigverein des Deutschen Lehrervereins, organisiert. Sie stellen ordnungsmäßig den Antrag, einen Vertreter der weltlichen Schule und einer unabhängigen Schulpolitik auf die Liste zu setzen (nebenbei bemerkt: an durchaus unsicherer Stelle) und schlagen ein aktives Vereinsmitglied vor. Dieses Verlangen wurde brüt abgelehnt, und der 1. Vorsitzende des Berliner Lehrervereins, der Demokrat Buchholz, benutzte diese Gelegenheit, ohne daß unsere parteigenässigen Vereinsmitglieder ihm die geringste Veranlassung dazu

Die Zeugen im Jürgens-Prozess.

Um die Angelische Erbschaft.

Frau Jürgens wurde zur heutigen Sitzung wieder auf einer Krankendohre zum Schwurgerichtssaal gebracht. Sie begehrt übrigens heute ihren Geburtstag, nachdem sie genau vor einem Jahr, ebenfalls an ihrem Geburtstag, in Unterjüngerschaft genommen worden war. Vor Eintritt in die eigentliche Verhandlung teilte der Vorsitzende zunächst mit, daß die Prozeßdispositionen aus dem Grunde geändert werden müßten, weil beide Angeklagten den Wunsch ausgesprochen hätten, die Verhandlung so schnell wie möglich durchzuführen. Aus diesem Grunde sollte heute in die Erörterung der angeblichen Einbruchsdiebstähle eingetreten werden. Gefängnisarzt Dr. Hirsch erklärte auf Befragen, daß nach seiner Ansicht Frau Jürgens durchaus in der Lage sei, wie bisher an der Verhandlung teilzunehmen.

Dann gab der Angeklagte Jürgens selbst zunächst noch eine Erklärung ab, in der er sich gegen die Auslegungen seiner berechnigten Aussage in dem Erbschaftsprozess in Kassel wandte. Er habe damals das Protokoll selbst diktiert und habe gesagt, daß er von den Schulden des Herrn Kugel gewußt habe, weil sich die Gläubiger von allen Seiten meldeten und seine Frau ihm auch erklärt habe, sie werde von allen Seiten ausgezogen. Er habe jedoch nicht behaupten wollen, daß jeder Pfennig aus dem Erlös des Radloffes in Wertpapieren angelegt worden sei. „Die Anschaffungen in unserer Ehe“, so erklärte er, „sind aus dem Erlös meiner Papiere gemacht worden, die ich meiner Frau gegeben hatte. Im übrigen hat mir Rechtsanwalt Wieser in Kassel

die Interna dieses Erbschaftsprozesses nicht mitgeteilt.

weil er das junge Glück unserer Ehe nicht stören wollte.“ Kaum hatte Jürgens diese Worte gesprochen, als Frau Jürgens, die bisher ruhig in ihrem Stuhl lehnte, mit dem Arm eine hilflose Bewegung machte und ohnmächtig vom Stuhl auf den Fußboden sank. Ihr Gatte sprang ihr sofort bei, ebenso die im Saal ständige weite Kranenschwester, und mit Hilfe der Ärzte wurde sie auf die bereitgehaltene Krankendohre gelegt. Nachdem ihr einige Medikamente eingegeben worden waren, kam Frau Jürgens wieder zu sich. Nach kurzer Unterbrechung konnte die Sitzung wieder aufgenommen werden, doch blieb Frau Jürgens weiter auf der Bahre, und eine Kranenschwester nahm neben ihr Platz, um ständig ihren Puls zu kontrollieren.

Auf weitere Vorhaltungen des Oberstaatsanwaltes, der übrigens für den größten Teil der Prozeßbeteiligten absolut unverständlich bleibt, erklärte Jürgens dann noch, daß eine ganze Reihe von Rechnungen zu bezahlen waren, weil der verstorbene Fabrikant Kugel kurz vor seinem Tode verschiedene Bauaufträge usw. gegeben habe. Leider habe seine Frau den größten Teil dieser Rechnungen später vernichtet. Auch Steuerunterlagen habe er für Kugel nachträglich übernommen. Deshalb habe er sich bei seiner damaligen Vernehmung sehr vorsichtig ausgedrückt, daß er von den Schulden des Herrn Kugel gemerkt habe. — Oberstaatsanwalt: Es ist

attentmäßig festgestellt, daß keine Angelische Schuld gezahlt ist.

Jürgens (achselzuckend): Das behauptet der Herr Oberstaatsanwalt. Dort: Wir können wohl als wahr unterstellen, daß verschiedene kleinere Schulden aus dem Kugelschen Haushalt stammen. Oberstaatsanwalt: Sowohl, aber die größeren Beträge sind Schulden aus Anschaffungen, die Frau Jürgens für sich selbst gemacht

gegeben hatten, zu einer unerhörten maßlosen parteipolitischen Attacke gegen die SPD. In der Vertrauensmännerversammlung sagte Herr Buchholz wörtlich: Die SPD richtet ein unerträgliches Böß für die Berliner Arbeiterschaft auf. Wir werden uns mit Händen und Füßen wehren. Das Maß ist zum Ueberlaufen voll. Unser Kampf geht von nun ab nicht nach rechts, sondern nach links! Der Protest unserer Genossen und ihr Appell an die Generalversammlung, die letzte Instanz ist erfolglos geblieben. Obwohl Herr Buchholz nicht imstande war, seine Behauptungen zu beweisen, hat die Mehrheit die parteipolitischen Ausführungen des Vorsitzenden gebilligt. Die Minderheit hat daher erklärt, unter diesen Umständen der Wahl fernzubleiben. Nach Lage der Dinge können die sozialdemokratischen Lehrer und Lehrerinnen nicht für die Liste des Lehrervereins eintreten. Für die Aufstellung einer eigenen Liste ist die Frist verstrichen, so daß die Parole nur lauten kann: Stimmenthaltung! Im übrigen wird die Sozialdemokratie auch diesen Angriff des Lehrervereinsgewaltigen übersehen.

Der Kassierer der Ortsgruppe Potsdam des Volksfeuerbestellungsverbandes B. a. G., Berlin NW 40, Roonstraße 4, H. Röhle, Kolonie Dacheim 19, wurde am 17. Februar dieses Jahres auf dem Heimwege an der Ecke der Lettower Straße und Jungfernstieg überfallen und seiner Aktentasche, in der sich außer dem Gelde Beitragsmarken des Vereins im Werte von 2000 Mark befanden, beraubt. Vor dem Ankauf dieser Beitragsmarken wird gewarnt.

Ein Parteiobermann. Heute, am 28. Februar, feiert im erklaunlicher geistlicher und körperlicher Kräfte Genosse Schanemann, Niederförschenhaufen, Uhländstraße 11, mochtalt, seinen 50. Geburtstag. Seit nahezu 50 Jahren steht der Alte im Dienst der Arbeiterbewegung. Von Damals nach Berlin gekommen, war er hier unter dem Sozialistengelei unermüdlich bei aller Kleinarbeit für die Partei zu finden. Als selbständiger Malermeister hat er dafür oft wirtschaftlich zu leiden gehabt. Auch ein Freund der edlen Sangeskunst ist unter Alter stets gewesen; gebürt er doch seit 40 Jahren vom Gründungsstage ab dem Arbeitergelangensverein „Zukunft“ in Niederförschenhaufen an und nimmt noch regelmäßig an allen Uebungsstunden teil. Er dürfte wohl einer der ältesten aktiven Arbeitersänger sein.

Zusammengestoßen — Abgestürzt!

Tragisches Ende der Panamerika-Flieger.

New York, 28. Februar. (II.) Die Panamerika-Flieger, die von Texas aus zu einem Rundflug durch ganz Amerika gestartet waren und gestern in Buenos Aires von der Bevölkerung lebhaft begrüßt wurden, haben unter tragischen Umständen ihren Flug beenden müssen. Nach ihrer glücklichen Landung im Hafen von Buenos Aires waren sie wieder aufgestiegen, um zum Flugplatz von Buenos Aires zu gelangen. Dabei stieß das Flugzeug „New York“, das dicht neben dem Flugzeug „Detroit“ mit diesem zusammen. Die Tragbeds der Flugzeuge hatten sich ineinandergeschoben. Beide Flugzeuge stürzten ab, wobei das eine in Brand geriet. Die Flugzeugbesatzungen verhielten sich mit Fallschirmen zu retten. Die Piloten des einen Flugzeuges gelangten glatt auf die Erde, während der eine Pilot des Flugzeuges „Detroit“ sich nicht mehr freimachen konnte und daher mit dem herunterstürzenden Flugzeug verbrannte. Der andere konnte zwar noch abspringen, jedoch verlor er den Fallschirm, so daß er ebenfalls den Tod erlitt.

Sport.

Schluß des Reit- und Fahrturniers.

Der letzte Tag der Sonntag, sah sowohl am Nachmittag wie am Abend ein überfülltes Haus. In den einzelnen Nachmittagsprüfungen blieben Sieger: Championat für Jagdpferde:

hat. Außerdem hat der Angeklagte damals gesagt, aus Klagen, die für seine Personalakten nicht parteilhaft waren, habe er auch von den Schulden Kugels gemerkt. Was für Klagen will er denn damals bekommen haben? Jürgens (sehr erregt): Da wird mir wieder etwas in meine Worte hineingelegt, was gar nicht im Protokoll steht. Ich habe beispielsweise nach dem Tode Kugels eine Klage wegen einer Weinrechnung bekommen, die ich damals persönlich bezahlt habe. Oberstaatsanwalt: Warum hat der Angeklagte von diesen Schulden nicht dem Nachlassverwalter, Rechtsanwalt Wieser, Kenntnis gegeben? Jürgens: Ich habe meine Frau aus Sympathie geheiratet und wußte, daß ihr das unangenehm war, und deshalb habe ich diese Schulden bezahlt, und ich werde das auch weiter tun.

Als erster Zeuge des heutigen Tages wurde Landgerichtsdirektor Hempting aus Kassel vernommen, der seinerzeit im Erbschaftsprozess Frau Jürgens darüber vernommen hatte, ob sie zu dem Zeitpunkt, als sie ihre Schwiegermutter zum Verzicht auf das Pflichtteil bewegt hatte, von dem Stand der Verkaufsverhandlungen der Patente gewußt habe. Nach Darstellung des Zeugen will sie erst am Tage, nachdem ihre Schwiegermutter verzichtet hatte, die Mitteilung über den zu erwartenden Verkaufspreis erhalten haben. Auf

die Wichtigkeit des Eides

set sie als nahe Beteiligte an dieser ganzen Sache besonders verwiesen worden. Ähnliche Bekundungen machte auch Landgerichtsrat v. Klose, der die erste Vernehmung durchgeführt hatte. Im übrigen können sich beide Zeugen auf weitere Einzelheiten nicht mehr bestimmen. Auf Befragen erklärte Landgerichtsrat v. Klose weiter, daß Frau Jürgens wohl eine Ahnung von der Höhe des zu erzielenden Verkaufspreises damals gehabt haben mußte, wenngleich das positive Verkaufsergebnis erst später festlag. Die Vernehmung des Landgerichtsdirektors Jürgens über die Höhe des Radloffes habe erst in Stargard stattgefunden, sei aber auf Wunsch von Jürgens selbst in Kassel durchgeführt worden. Zeuge Landgerichtsrat v. Klose: Ich kannte Herrn Jürgens als einen stattlichen selbstbewußten Mann, aber bei dieser Vernehmung machte er einen müden, verzagenden Eindruck, was auch sehr erregt über diese Vernehmung, die ihm unangenehm war. Er wollte auch seine Aussage selbst diktiert, indem er sagte, er müsse sehr vorsichtig sein, weil sonst die alte Frau Kugel wieder einige Punkte zum Einhalten finden würde. Beim Diktat selbst ist er aber durchaus ruhig und sicher gewesen und hat erklärt, er habe

bei seiner Vernehmung nicht gewußt, was seine Frau befehlen habe

und hätte auch nichts in die Hand bekommen. Dagegen bekundete dieser Zeuge, daß Jürgens nicht direkt danach gesprochen habe, daß seiner Frau ihre wertvollen Schmuckstücke gestohlen worden seien, vielmehr habe Jürgens auf eine Frage des Anwalts der alten Frau Kugel nur allgemein von dem gestohlenen Schmuck seiner Frau gesprochen. Ebenso habe er weiter geschworen erklärt, er sei erst hinter die hohen Schulden seiner Frau gekommen und habe darauf sich mit dem Gedanken der Scheidung getragen. Oberstaatsanwalt Dr. Jordan (zum Zeugen): Wußten Sie nicht aus der Verwaltung des Vermögens durch Landgerichtsdirektor Jürgens annehmen, daß er auch von den Schulden und der ganzen Nachlassregelung genau gewußt hat? Justizrat Dr. Berthauer: Das ist doch irreführend, die Nachlassverwaltung hatte doch weder er noch seine Frau, sondern Rechtsanwalt Wieser.

v. Lüdinghausens „Herold“ (v. Langen). Senioren-Preis: Frau v. Hennig und Major a. D. Balzers „Baron“ (Major a. D. Balzer). Mehrspanner: E. Gottschalks Gespann und für Junker v. d. Borchs Gespann. Ferner traten die beiden Brauerpferde noch einmal an, Bahnhöfer logar mit einem Siebenspanner. Und, das muß man sagen, Bahnhöfer hat nicht nur Pferde, die sich sehen lassen können, Bahnhöfer hat auch Kutscher, die zu fahren verstehen. Mit Mehrspannern wird ganz bestimmt nicht ein jeder fertig. — Beim Sieger-Preis (hierbei kamen leichte, mittlere und schwere Pferde zusammen) wurden zwei erste Preise verteilt, und zwar an R. Müller-Bremens „Paradiesvogel“ (Frau Müller) und an Frau K. Franke „Abdera“ (Frau Franke). Die Große Reitprüfung für Reitpferde hatte sich von Langens „Goliath“ (Besitzer). — Am Abend passierten die letzten Jagdspringen. Trotz mehrerer, zum Teil recht gefährlich aussehender Stürze ereignete sich kein ernsthafter Unglücksfall.

Ringermessstreit im Apollo-Theater.

Der Sonntag und der vorletzte Tag des Weltstreits hatten außerordentlich guten Besuch zu verzeichnen. Kley-Berlin und Restrom-Estland standen sich nun zum drittenmal gegenüber. Beide kannten sich hinreichend: es war ein zähes, hartes Treffen, wobei der Estländer wegen unglücklicher Ringens eine Verwundung erhielt. Nach 41 Minuten rief der famose Berliner den Estländer durch Ueberrollen am Boden auf die Schultern. Darauf legte Restrom Protest ein, der das Recht aber nicht auf seiner Seite hatte. Wegen unvorsichtiger Benehmens mußte er von der weiteren Teilnahme am Weltstreit ausgeschlossen werden. Der Reutlinger Gocksch erlag nach hartem Kampfe dem guten Rumänen Angulesku nach 21 Minuten. Weinert-Sachsen mußte sich nach 14 Minuten dem Italiener Equatore beugen. Einen selten schönen Kampf zeigten Raber und Schachschneider; Raber mußte nach 29 Minuten die Waffen strecken. Sonntags: Durch Hüftschmung mußte Equatore vor dem Estländer Restrom auf die Schultern. Der gute Techniker Angulesku-Rumänien konnte ebenfalls durch Hüftschmung nach 9 1/2 Minuten über den Breslauer Brückner triumphieren. Renter fiel einem Armfallgriff Gockschs nach 15 Minuten zum Opfer. Kley entledigte sich Schachschneiders nach 19 1/2 Minuten durch Ueberwurf von hinten.

Rennen zu Mariendorf am Sonntag, dem 27. Februar.

1. Rennen. 1. Natal (Hm. Schlemmer), 2. Dele Marion (A. Wills), 3. Benedict (E. Ringius). Toto: 47:10. Platz: 20, 21, 76:10. Ferner liefen: Peter Doll, Radtola, Calanoda, Dina Wolff, Comtesse Reil, Grisha, Ludwig K., Abdullah Silber, Ludwig, Niederländer, Beldobere.
2. Rennen. 1. Angelinde (S. Federl), 2. Wagner (E. Elias), 3. Duinlefleng (H. Kemmer). Toto: 27:10. Platz: 14, 17, 21:10. Ferner liefen: Kimm Dade, Lindom-Peter, Scharlette, Kolante, Kellertreibe.
3. Rennen. 1. Stapelhof (J. Brandt), 2. Kaiser (H. Kildert), 3. Höbenome (u. Eolob). Toto: 74:10. Platz: 21, 16, 20:10. Ferner liefen: Simione, Wolfmännin I, Importeur, Petronella K., O'Capt, Beerberg, Mantua, Anteresent, Prinzess Fortunus, Venus, Langemann, Binne, Aligold.
4. Rennen. 1. Karl Heinz (W. Meinde), 2. Hammerfänger (E. Federl), 3. Beschadelt (Rudolph jr.). Toto: 79:10. Platz: 20, 16, 20:10. Ferner liefen: Redung, Friedrich Her, Landfleischler K., Königsdadler, Golla.
5. Rennen. 1. Dfist (A. Wills), 2. Siff (Witzemberg), 3. Hebes-traum (E. Weinert jr.). Toto: 17:10. Platz: 14, 16, 110:10. Ferner liefen: Göttsfried, Kopeker, Tschart, Angenstern S., Potsdam, Heio, Leuchtstiller.
6. Rennen. 1. Wally (A. Wills), 2. Karnedal (A. Wills), 3. Rargot I (Hm. Schlemmer). Toto: 18:10. Platz: 10, 11:10. Ferner liefen: Frankstein, Ebonit, Cadiac Worthy, Unterbellant.
7. Rennen. 1. Konul (E. Federl), 2. Denkmäner (E. Lautenberg), 3. Natalis (Hm. Schlemmer). Toto: 25:10. Platz: 12, 15, 13:10. Ferner liefen: Prinzessin Elvach, Prinz Ludwig, Doppelst I, Sannette.
8. Rennen. 1. Dolerik (S. Dime), 2. Rabi (Stogmann), 3. Rorgentien (H. Schulze). Toto: 191:10. Platz: 32, 16, 19:10. Ferner liefen: Röllid, Sonntagsspring, Hofmeisterin S., Weinbrand, Good Boy, Koutoc I, Rinscher, Herzfelder, Venus.

